

Deutsche Kriegsverbrechen

80. Jahrestag der Belagerung Leningrads – 1,1 Million Tote

von German Foreign Policy*

(Red. CH-S) Der menschliche Preis und die Gräuel, die der deutsche Angriffskrieg von 1941 für die russische Zivilbevölkerung bedeuteten, sind heute in eine peinliche Vergessenheit geraten. Das Feindbild heisst offiziell wieder Russland.

Der von der damaligen politischen Führung Deutschlands eiskalt kalkulierte Massenmord an der Zivilbevölkerung Leningrads (St. Petersburg) durch eine Hungerblockade stellte einen der traurigen Höhepunkte deutschen «Herrenmenschentums» dar.

Doch wieder wird versucht, Russland als Feindbild aufzubauen und die Menschen und ihre politische Führung als «primitiv» darzustellen. Hat die deutsche Politik nichts aus der Geschichte gelernt? Wo bleiben die Friedensbemühungen? Wo sind die Schritte zur Mässigung?

Noch heute dringen Überlebende der deutschen Hungerblockade Leningrads im Zweiten Weltkrieg auf Entschädigung. Die Bundesregierung weist dies 80 Jahre nach der Blockade immer noch ab.

Vor dem kurz bevorstehenden 80. Jahrestag der Brechung der deutschen Blockade Leningrads am 27. Januar 1944 dringen Überlebende zum wiederholten Mal auf eine wenigstens geringe Entschädigung. Die Wehrmacht hatte zwischen 1941 und 1944 über einen Zeitraum von fast 900 Tagen die drei Millionen Einwohner der sowjetischen Metropole von der Lieferung von Nahrungsmitteln abgeschnitten. Ziel war es, die komplette Stadtbevölkerung durch Hunger zu ermorden; der Historiker *Jörg Ganzenmüller* sprach schon zum 60. Jahrestag der Brechung der Blockade von einem «Genozid durch blosses Nichtstun». 1,1 Millionen Menschen kamen zu Tode.

* Das Nachrichtenmaterial der «Informationen zur Deutschen Aussenpolitik» (*german-foreign-policy.com*) stammt aus öffentlich zugänglichen Quellen, aus Korrespondentenberichten sowie Expertisen assoziierter Wissenschaftler, die das Kontinuum der deutschen Aussenpolitik in Einzelaspekten untersuchen. E-Mail: info@german-foreign-policy.com



Notdürftige zentrale Kinderbespeisung während der Hungerblockade. (Bild gk)

Entschädigung haben bisher lediglich jüdische Opfer erhalten; Berlin sprach ihnen im Jahr 2008 eine Einmalzahlung von genau 2556 Euro zu. Diese Summe fordern nun auch die nichtjüdischen Überlebenden ein. Tatsächlich galt der Plan, Leningrads Bevölkerung umzubringen, explizit auch den als slawische «Untermenschen» diffamierten nichtjüdischen Einwohnern. Die Bundesregierung stuft den deutschen Hungergenozid ausdrücklich als «allgemeine Kriegshandlung» ein, für die keine Entschädigung zu zahlen sei.

Tödliche Blockade

Die Wehrmacht schloss den Blockadering um Leningrad am 8. September 1941. Damit war die Grossstadt, in der damals rund drei Millionen Menschen lebten, im Süden durch deutsche Truppen von jeglicher Versorgung abgeschnitten. Im Norden erledigten das die Streitkräfte des mit dem NS-Reich verbündeten Finnlands. Über den im Osten gelegenen Ladogasee konnten zeitweise und unter grossen Gefahren in geringem Umfang Lebensmittel und andere Versorgungsgüter in die Stadt gebracht werden. Die Mengen reichten allerdings auch nicht annähernd aus, um die Bevölkerung zu ernähren.

Unmittelbar nach der Schliessung der Blockade begann die Wehrmacht, Lebensmittellager und andere Versorgungseinrichtungen gezielt zu bombardieren. Bereits nach wenigen Wochen trat

ein dramatischer Mangel an Nahrung und an Energieträgern auf. Tödlicher Hunger griff um sich, die eisige Kälte kostete gleichfalls zahlreiche Menschenleben. Sowjetische Offensiven mit dem Ziel, Leningrad zu befreien, scheiterten mehrfach. Erst am 27. Januar 1944 gelang es der Roten Armee, die Blockade zu brechen. In den fast 900 Tagen, in denen Leningrad von den deutschen Truppen eingeschlossen war, kamen nahezu 1,1 Millionen Menschen zu Tode. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen verhungerte oder erfror.

Massenmord durch «Nichtstun»

Ihr Hungertod war vom Deutschen Reich gewollt. *Adolf Hitler* habe «die Absicht, Städte wie Moskau und Petersburg ausradieren zu lassen», notierte *Joseph Goebbels* am 9. Juli 1941; das sei «notwendig»: «Denn wenn wir schon Russland in seine einzelnen Bestandteile aufteilen wollen», dann dürfe es «kein geistiges, politisches oder wirtschaftliches Zentrum mehr besitzen».¹ Reichsmarschall *Hermann Göring* riet im September 1941, Leningrad gar nicht erst zu erobern – «aus wirtschaftlichen Überlegungen»: Die Nahrungsmittel der Sowjetunion sollten laut den Berliner Plänen der Wehrmacht und nicht der sowjetischen Bevölkerung zugute kommen.

«Ein Interesse an der Erhaltung auch nur eines Teiles dieser grosstädtischen Bevölkerung besteht in diesem Existenzkrieg unsererseits nicht», erklärte Hitler am 29. September 1941; eine etwaige Kapitulation der Stadt müsse «abgeschlagen werden, da das Problem des Verbleibens und der Ernährung der Bevölkerung von uns nicht gelöst werden kann».² Die Bevölkerung Leningrads wurde – nicht anders als Millionen sowjetischer Kriegsgefangener – dem Hungertod preisgegeben. Der Historiker Jörg Ganzenmüller schrieb bereits vor 20 Jahren über die für Berlin kostengünstige Form des Massenmords, es handle sich um einen «Genozid durch blosses Nichtstun».³

Begegnungszentrum statt Entschädigung

Die Überlebenden der genozidalen Blockade haben vom Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs, der Bundesrepublik Deutschland, nie eine angemessene Entschädigung erhalten. Nur jüdischen Überlebenden wurde 2008 die Option eröffnet, zum Ausgleich eine Einmalzahlung zu erhalten. Diese belief sich nach Angaben des Auswärtigen Amtes auf 2556 Euro.⁴

Im Jahr 2021, 80 Jahre nach Beginn der Blockade, gelang es der *Jewish Claims Conference*,



Trotz aller Anstrengungen – über eine Million Hungertote.
(Bild gk)

von der Bundesrepublik die Zusage für ein Rentenprogramm für etwa 6500 jüdische NS-Opfer zu erhalten, von dem prinzipiell auch jüdische Überlebende der Blockade profitieren können. Es handelt sich um Monatszahlungen von 375 Euro.⁵ Nichtjüdische Überlebende gehen bis heute leer aus. Dabei galt der Berliner Plan, die Bevölkerung Leningrads per Hungertod zu vernichten, explizit allen Einwohnern, auch dem als slawische «Untermenschen»⁶ rassistisch attackierten nichtjüdischen Bevölkerungsteil. Im Jahr 2019 stellte das *Auswärtige Amt* zum 75. Jahrestag der Brechung der Blockade zwölf Millionen Euro bereit, um damit ein Krankenhaus für Kriegsveteranen zu modernisieren und die Einrichtung eines deutsch-russischen Begegnungszentrums zu finanzieren. In Berlin wird dies als eine freiwillige Leistung begriffen, die zu keinerlei weiteren Zahlungen verpflichtete.

«Allgemeine Kriegshandlung»

Insbesondere lehnt die Bundesregierung die Zahlung individueller Entschädigungen an nichtjüdische Bürger der damaligen Sowjetunion bzw. des heutigen Russlands grundsätzlich ab. «Schädigungen, die [...] aus allgemeinen Kriegshandlungen herrühren, fallen unter das allgemeine Völkerrecht und werden nicht durch individuellen

Schadenersatz, sondern durch Reparationsvereinbarungen von Staat zu Staat geregelt», erklärte die Bundesregierung 2017 im Bundestag.⁷ Demnach stuft Berlin den Plan, eine Drei-Millionen-Metropole komplett dem Hungertod auszuliefern, als «allgemeine Kriegshandlung» ein. Die ehemalige Sowjetunion habe «in erheblichem Umfang Reparationen vereinnahmt und im August 1953 auf weitere deutsche Reparationsleistungen verzichtet», hiess es weiter. Einem «Staat, der Reparationen empfangen hat», obliege es aber selbst, «die individuellen Schäden auf seinem Territorium auszugleichen». Die Bundesregierung resümierte im Jahr 2017, «unter dem Blickwinkel von rechtlichen Entschädigungsleistungen» sei «das Thema im deutsch-russischen Verhältnis [...] abgeschlossen». Sie räumte lediglich ein, es müsse «die Erinnerung weiterhin wachgehalten werden». Mit sogenannter Erinnerungspolitik inszeniert sich die Bundesrepublik regelmässig PR-wirksam als vorgeblich geläuterter Staat, während sie zugleich die Opfer leer ausgehen lässt.⁸

Die Überlebenden

Vor dem 80. Jahrestag der Brechung der Blockade, der in etwas mehr als zwei Wochen bevorsteht, haben sich nun die letzten Überlebenden zu Wort gemeldet. «Mittlerweile sind wir weniger als Sechzigtausend, alles Menschen verschiedener Nationalitäten, die die Gräueltaten der belagerten Stadt überlebten», heisst es in einem *Offenen Brief an die Bundesregierung*.⁹ Die Überlebenden «verurteilen entschieden» die Weigerung Berlins, die – ohnehin magere – Entschädigung «auf alle heute noch lebenden Blockade-Opfer ohne Ansehen ihrer ethnischen Zugehörigkeit auszuweiten». Schliesslich hätten die deutschen Hungermordpläne «keine Ausnahmen aufgrund von Nationalität» vorgesehen. In dem Offenen Brief heisst es: «Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung, die einzig richtige Entscheidung nicht hinauszuzögern und die humanitären Auszahlungen auf ausnahmslos alle Blockade-Überlebenden auszuweiten, die es immer weniger gibt.» Laut Angaben der Überlebenden wurde sogar die von Berlin als «humanitäre Geste» beworbene Modernisierung des Krankenhauses für Kriegsveteranen «immer noch nicht realisiert».

Quelle: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9450>, 11 Januar 2024
(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.)

Quelle: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9450>, 11 Januar 2024
(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion.)

¹ Elke Fröhlich (Hg.). *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands. Teil II: Diktate 1941–1945. Band 1: Juli–September 1941.* München/New Providence/London/Paris 1996. S. 33.

^{2,3} Jörg Ganzenmüller. *Ein stiller Völkermord.* <https://www.dhm.de>, 15. Januar 2004. Siehe auch Rezension: Wigbert Benz. *Der Hungerplan im «Unternehmen Barbarossa» 1941*

⁴ *Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 11. Oktober 2021*

⁵ *Hilfe für Überlebende.* <https://www.juedische-allgemeine.de>, 6. Oktober 2021

⁶ «Der Untermensch». <https://www.dhm.de>

⁷ *Russland will Geld für nichtjüdische Opfer.* <https://www.dhm.de>, 30. Dezember 2023

⁸ Siehe auch *Deutsche Erinnerungskultur*, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9067> und <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9352>

⁹ *Entschädigung jetzt!* <https://www.unsere-zeit.de>, Oktober 2023